

Frankreich im Umbruch Emmanuel Macrons Revolution der Mitte

Henrik Uterwedde

Zusammenfassung

Mit der Wahl Emmanuel Macrons zum Präsidenten deutet sich ein politischer, aber auch sozialer und ökonomischer Umbruch in Frankreich an. Der Beitrag beleuchtet Ursachen und Folgen dieser Entscheidung: Kann das Land sich aus seiner jahrelangen Erstarrung lösen und sich nachhaltig verändern?

... die gemeinsame Verpflichtung, die uns auferlegt ist, ist eine entschlossene und tiefgreifende Umgestaltung, die mit den Jahren der Immobilität und denen der Hektik bricht. (...) ... das französische Volk hat seine Ungeduld gegenüber einem politischen Milieu bekundet, das aus sterilen Quereilen und hohlen Ambitionen bestand. (...) Indem sie neuen Männern und Frauen ihr Vertrauen geschenkt haben, haben die Franzosen eine zwingende Erwartung geäußert: den Willen zu einem tiefgreifenden Wandel. (...) Was wir vollbringen müssen, ist eine wahre Revolution.¹

In der Geschichte der modernen Demokratien gibt es zuweilen Wahlentscheidungen, die eine grundlegende politische Wende einleiten. Die französische Präsidentenwahl vom 26.4. und 7.5.2017, die den jungen, zunächst als Außenseiter gestarteten Kandidaten Emmanuel Macron ins Amt brachte, könnte eine solche Entscheidung gewesen sein. Mit ihr deutet sich ein politischer, aber auch sozialer und ökonomischer Umbruch an, der das Land aus seiner Erstarrung der vergangenen Jahre lösen und nachhaltig verändern kann. Wie ist es dazu gekommen? Welche Bedeutung hat die Wahl Macrons für unser Nachbarland? Was sind die wichtigsten Reformbaustellen des neuen Präsidenten? Schließlich: Wie stehen die Chancen für einen Neubeginn in Frankreich?



Prof. Dr. Henrik Uterwedde
Deutsch-Französisches Institut

Ein Land in der Depression

Die Euphorie, die die Beobachter in und außerhalb Frankreichs seit der Wahl Macrons erfasst hat, wird erst vor dem Hintergrund des krisenhaften Zustands am Ende der Ära Hollande verständlich. Seit Beginn des Jahrtausends war die wirtschaftliche Dynamik zunehmend zum Erliegen gekommen. Das Wachstum stagnierte, die Arbeitslosenquote war über die 10%-Grenze geklettert, die öffentliche Verschuldung stieg unaufhaltsam, die Wettbewerbsfähigkeit ging zurück, die industrielle Basis des Landes schrumpfte in einem besorgniserregenden Ausmaß. Hinter diesen Symptomen verbarg sich eine generelle Krise des französischen Wachstums-, Sozial- und Integrationsmodells, das sich mangels Anpassung und Erneuerung erschöpft hatte und Wirtschaft und Gesellschaft zunehmend lähmte, statt ihr Motor zu sein. Die Politik hatte sich in den vergangenen Jahren weitgehend als hilflos erwiesen, auch weil der Mut fehlte, notwendige Strukturanpassungen vorzunehmen. Weder der forsche konservative Präsident Nicolas Sarkozy (2007-2012) noch sein blasser sozialistischer Nachfolger François Hollande (2012-2017) hatten sich trotz mancher Reformansätze der Aufgabe gewachsen gezeigt. Diese Ohnmacht der Politik, verstärkt durch eine abgehobene politische Klasse, die sich weitgehend von den Bürgern entfernt hatte, erzeugte eine tiefe Vertrauenskrise, die sich in wachsendem Misstrauen, Wahlenthaltung und dem Aufstieg extremistischer Parteien äußerte. Davon profitierte besonders der Front national, der bei den landesweiten Kommunal- und Regionalwahlen 2014 und 2015 seine Stimmenanteile auf bis zu 28% steigern konnte.²

In Umfragen kam der Vertrauensverlust in drastischer Weise zum Ausdruck. Anfang 2017 beurteilten 70% der Franzosen die Funktionsweise der Demokratie als schlecht; die Politik wurde überwiegend mit negativen Begriffen verbunden (Misstrauen: 40%, Abscheu: 28%, Interesse: 10%, Hoffnung: 5%); drei Viertel der Befragten hielten die Politiker für korrupt.³ 75% (gegen 22%) bezeichnen die aktuelle Wirtschaftslage und 54% (gegen 36%) die Zukunftsaussichten als schlecht oder sehr schlecht. 61% der Franzosen haben eine negative Meinung über ihr Wirtschaftssystem, und für 55% der Befragten schadet die Globalisierung dem Land.⁴ Über dieser kollektiven Depression und Neigung zur Schwarzmalerei gerieten positive Entwicklungen und die nach wie vor vorhandenen Stärken und Potenziale leicht in Vergessenheit; auch ist die tatsächliche soziale Lage bei weitem nicht so schlecht, wie es die negative Stimmung im Land nahelegt.⁵

Eine Krisenwahl

So war die Ausgangslage vor dem Wahlmarathon des Frühjahrs 2017 gekennzeichnet von der allgemeinen depressiven Stimmung und einer krisenhaften politischen Lage: Präsident Hollande hatte den Rückhalt auch der eigenen Wähler fast völlig verloren und verzeichnete derart katastrophale Umfragewerte, dass er es nicht wagte, sich erneut zur Wahl zu stellen – das hatte es seit 1958 noch nie gegeben. Seine Sozialistische Partei, die sich über dem zaghaften Reformkurs ihres Präsidenten völlig zerstritten hatte, verstrickte sich zunehmend in interne Grabenkämpfe. In einer Vorwahl wählten die Anhänger der Sozialisten mit Benoît Hamon einen weit links stehenden Präsidentschaftskandidaten, der in den letzten zwei Jahren kein gutes Haar an der Politik der eigenen Regierung gelassen und sogar parlamentarischen Widerstand gegen diese Politik organisiert hatte. Mit seiner linken Positionierung vergraute er die gemäßigten

Politiker der Partei, ohne links wirklich punkten zu können: Denn dort trat mit dem Linkspopulisten (und früheren sozialistischen Minister) Jean-Luc Mélenchon ein Kandidat an, der sich erfolgreich zum Sprecher einer linken Fundamentalopposition stilisierte und Hamon sehr schnell überflügelte. Der rechtsextreme Front national, dessen Chefin Marine Le Pen das Image der Partei modernisiert und ihm damit neue Wählergruppen erschlossen hatte, heizte seinerseits die Krisenstimmung weiter an, die ihm neue Wähler zutrieb.

Die Präsidentenwahl wurde damit zum Abbild der depressiven Krisenstimmung im Lande. Einzig die konservative Partei der Republikaner (Les Républicains) schien in der Lage zu sein, die Wähler für ihren Kurs zu gewinnen. Ihr Präsidentschaftskandidat, der frühere Premierminister François Fillon, versprach eine scharfe politische Kehrtwende: ein äußerst konservatives innen- und gesellschaftspolitisches Programm, verbunden mit radikalen wirtschaftsliberalen Reformen. Aber Fillon, als klarer Favorit gestartet, verstrickte sich in eine peinliche Affäre um die jahrelange Scheinbeschäftigung seiner Frau auf Staatskosten, was seinen Aufstieg beendete und schließlich sein Scheitern besiegeln sollte. So blieb ein Neuling übrig, der sich in vieler Hinsicht von den übrigen Kandidaten abhob: Emmanuel Macron war mit 39 Jahren mit Abstand der Jüngste, verfügte über wenig politische Erfahrung, bot als typisches Produkt der französischen Eliteschulen und als früherer Banker reichlich Stoff für Anfeindungen, hatte sich noch nie einer Wahl gestellt, wurde von keiner der etablierten Parteien unterstützt und präsentierte sich als Kandidat der Mitte, der zusammen mit gemäßigten Linken und Konservativen regieren und fundamentale Veränderungen durchsetzen wollte. In den Umfragen schob er sich allmählich immer weiter nach vorne.

Aber am Abend des ersten Wahlganges am 26. April lag Emmanuel Macron (24,0%) deutlich vorn, gefolgt von Marine Le Pen (21,3%), François Fillon (20,0%) und Jean-Luc Mélenchon (19,6%). Ganze 600.000 Stimmen lagen zwischen der Zweit- und dem Viertplatzierten – ein weiterer Hinweis darauf, wie knapp die Entscheidung um die Qualifikation für den zweiten Wahlgang war.

Damit hatte es erstmals seit Gründung der V. Republik 1958 kein Kandidat der etablierten Regierungsparteien (Sozialisten; Republikaner) in die Stichwahl geschafft. Statt dessen standen sich nun mit Emmanuel Macron und Marine Le Pen zwei Politiker gegenüber, die – jeder auf seine Weise – grundsätzliche Kritik am herrschenden Politikbetrieb übten und einen fundamentalen Wandel versprachen. Deutlicher konnte die Desavouierung der politischen Klasse nicht ausgedrückt werden! Der Ruf nach einer grundlegenden Erneuerung der französischen Politik war unüberhörbar.

In der Stichwahl am 6.5. setzte sich Macron mit 66 Prozent der Stimmen gegen Le Pen (34 Prozent) durch. Einziger Wermutstropfen für den neuen Präsidenten waren die geringe Zahl der Wahlberechtigten und die ungültigen Stimmen: Die Wahlenthaltung stieg gegenüber dem ersten Wahlgang um rund eine Million; rund vier Millionen Wähler gaben ungültige Stimmen ab – dies waren in erster Linie enttäuschte Le Pen- und Fillon-Wähler. Bezieht man Macrons Stimmenergebnis (20,7 Millionen) auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten (47,6 Millionen), so ist der neue Präsident nur von gut 43 Prozent aller wahlberechtigten Franzosen gewählt worden.⁶

Emmanuel Macron: Triumph der Mitte

Wie ist der Erfolg Macrons zu erklären? Indem die Kandidaten der traditionellen Regierungsparteien (Sozialisten, Republikaner) an den linken bzw. rechten Rand rück-

ten, öffneten sie Platz in der Mitte. Diesen Raum besetzte Emmanuel Macron alleine, nachdem der Zentrums kandidat der vergangenen Jahre, François Bayrou, auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte und Macron unterstützte. Die Mitte – das war in der V. Republik bislang immer eine Art Niemandsland in der Parteienlandschaft gewesen. In der Tat hatte die politische und ideologisch stark aufgeladene Links-rechts-Spaltung das politische Leben Frankreichs strukturiert und scheinbar zementiert. Versuche, diese Polarisierung aufzubrechen, waren immer wieder an den harten Gesetzen der Mehrheitswahl gescheitert. Dabei hatte es immer wieder berechtigte Kritik an der oft sterilen Spaltung zwischen Linker und Rechter gegeben, an einem Freund-Feind-Denken, das für Differenzierungen nur wenig Platz ließ. Aber erst die Zuspitzung der Probleme in den 2000er Jahren, die anhaltende Unfähigkeit sowohl der linken als auch der rechten Regierungen sowie das arrogante und teilweise skandalöse Verhalten der etablierten Parteien gab dem Ruf nach Erneuerung und nach der Überwindung dieser Spaltung ein bislang nicht vorhandenes Gewicht.

Genau hier setzte Emmanuel Macron an. Der 39jährige ist ein typischer Vertreter des französischen Elitesystems. Nach Besuch der Verwaltungsschule ENA arbeitete er für den Philosophen Paul Ricoeur, ehe er eine erfolgreiche Karriere als Investmentbanker bei Rothschild begann. 2012 holte ihn der sozialistische Präsident Hollande als Berater in das Präsidialamt und machte ihn im August 2014 zum Wirtschaftsminister. Dort fiel er bald durch seinen Reformwillen auf, der weit über das hinausging, was die sozialistische Regierung unter Hollande dem Land (und vor allem ihren Anhängern) glaubte zumuten zu können. Dementsprechend wurde er immer wieder ausgebremst und vor allem von großen Teilen der Sozialistischen Partei und ihrer Abgeordneten ebenso heftig wie pauschal als Neo- bzw. Sozial-Liberaler kritisiert. Insofern war es nur folgerichtig, dass Macron im August 2016 die Regierung aus eigenem Antrieb verließ, um sich dem Aufbau der von ihm gegründeten Bewegung (En Marche!) und der Vorbereitung seiner eigenen Präsidentschaftskandidatur zu widmen.

Zunächst als Politik-Neuling und Einzelgänger belächelt und unterschätzt, gelang es Macron im Wahlkampf sehr schnell, dem Ruf nach grundlegender Erneuerung Ausdruck zu verleihen. Gegen den Leerlauf der bisherigen etablierten Politik setzte er eine Art Revolution der Mitte. Er sprach sich für grundlegende Reformen aus, die teils liberaler Natur waren, teils aber auch neue soziale Rechte und Initiativen beinhalteten. Er warb für ein breites Bündnis gemäßigter konservativer und linker Kräfte, um notwendige Veränderungen, zu denen weder Sozialisten noch Konservative die Kraft und den Mut gefunden hatten, endlich in die Tat umzusetzen und damit die Reformblockaden zu überwinden. Schließlich vertrat er einen dezidiert pro-europäischen Kurs und machte klar, dass Frankreich ohne die Europäische Union seine Probleme nicht werde lösen können. Damit war er der einzige Kandidat, der das Europa-Thema positiv und offensiv besetzte, während alle seine Konkurrenten wesentlich zurückhaltender waren oder die EU-Politik als Wurzel allen französischen Übels denunzierten.

Eine klare Parlamentsmehrheit

Die Wahlen zur Nationalversammlung vom 11. und 18. Juni standen im Schatten der vorangegangenen Präsidentschaftswahl. Weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten nahm daran teil – ein Zeichen der Demobilisierung enttäuschter sozialistischer und konservativer, aber auch rechts- und linksextremer Wähler. Aber Macron erhielt die parlamentarische Mehrheit, die er zur Umsetzung seiner politischen Pläne benötigt.

Macron hatte nach seiner Wahl eine Regierung gebildet, in die er führende Politiker aus den Reihen der Sozialisten und der Republikaner aufgenommen hatte: Premierminister wurde der Republikaner Édouard Philippe, Finanzminister sein Parteifreund Bruno Le Maire, während das Außen- und Innenministerium mit den Sozialisten Jean-Yves Le Drian und Gérard Collomb besetzt wurden. Dies machte es beiden Parteien schwer, Macron frontal anzugreifen, und vertiefte ihre bereits offen sichtbaren inneren Spaltungstendenzen weiter.

Der jungen Bewegung des Präsidenten, *La République en marche*, genügten schließlich rund 32 Prozent der Stimmen im ersten und 43 Prozent im zweiten Wahlgang, um mit 313 von 577 Mandaten die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung zu erringen; zusätzlich kann er auf die Unterstützung der mit ihm verbündeten Zentrumspartei Modem (47 Sitze) rechnen. Macron kam nicht nur die Hebelwirkung des geltenden Mehrheitswahlrechts zu Gute, sondern auch, dass seine Kandidaten von der Aura des frisch gewählten Präsidenten profitierten und die Parteien der Linken und der Rechten zerstritten waren. Zweitstärkste Kraft wurden die Konservativen (Les Républicains) mit 100 Mandaten, die aber hinnehmen mussten, dass eine Reihe gemäßigt konservativer Abgeordneter eine eigene Fraktion bildete, die konstruktiv mit dem neuen Präsidenten und seiner Regierung zusammenarbeiten will. Gleich drei kleine Fraktionen gibt es auf der Linken, was die Spaltungen in diesem Lager sichtbar macht: neben den Sozialisten (nur noch 31 statt vorher 297 Sitze), konkurrieren die Kommunisten (16) und die Mélenchon-Partei *La France insoumise* (17).⁷

Parteiensystem im Wandel

Mit dem Sieg Macrons ist die politische Landschaft Frankreichs gründlich durcheinander gewirbelt worden. Seit vier Jahrzehnten war das Parteiensystem durch die Polarisierung zwischen einem linken und einem rechten Lager geprägt. Mehrfache Versuche, diese Polarisierung zu überwinden, waren allesamt an der ehernen Logik der Mehrheitswahl gescheitert. In den letzten Jahren aber bröckelte diese Konstellation zusehends, was vor allem an der wachsenden Schwäche, Verkrustung und Unfähigkeit der Kernparteien beider Lager lag: der Sozialisten und der Republikaner. So wuchsen konkurrierende Parteien links und rechts außen sowie in der Mitte heran; der Ruf nach „Erneuerung“ gewann zunehmend an Durchschlagskraft. Der Wahlsieg Macrons hat erstmals in der V. Republik die Polarisierung zwischen den – jeweils ihr Lager dominierenden – Sozialisten und Republikanern zerschlagen. Nunmehr wird das Parteiensystem mit Macrons *La République en marche* durch eine Partei der Mitte dominiert. Dies hat die beiden etablierten Parteien in eine tiefe Krise gestürzt.

Vor allem die Sozialisten haben einen historischen Absturz erlebt. Sie drohen, zwischen der radikalen Linken (*Les insoumis*, Mélenchon) und der Mitte (Macrons Bewegung) zerrieben zu werden. Es ist wahrscheinlich, dass die Partei ihr Debakel in dieser Form nicht überleben wird. Jetzt rächt sich, dass die Partei ihre jahrelangen Erfahrungen in der Regierungsverantwortung (1981-86, 1988-93, 1997-2002, 2012-2017) nie wirklich programmatisch aufgearbeitet hat. Statt dessen lebte sie in einem ständigen Spagat zwischen einer linken, teilweise antikapitalistischen Rhetorik in der Opposition und einer durch Kompromisse und Realpolitik gekennzeichneten Regierungspraxis. So waren Enttäuschungen und wiederholte Vorwürfe des „Verrats“ fast zwangsläufig vorprogrammiert, wenn die Partei die Regierung stellte und schwierige Entscheidungen treffen musste. Während der Amtszeit Hollandes hatte die ideologische Erstarrung ih-

ren Höhepunkt erreicht, als die Parteimehrheit und ca. 60 Abgeordnete offen gegen den vorsichtigen, durch die Krise erzwungenen Reformkurs des Präsidenten revoltierten. Dies hat unüberbrückbare Gegensätze zwischen dem linken und dem gemäßigten Flügel geschaffen. Die Neuformierung der Linken steht erst am Beginn; ihre Zukunft ist völlig offen.

Nicht ganz so schlimm hat es die Republikaner erwischt. Aber der verpasste Wahlsieg, der noch ein halbes Jahr vor der Entscheidung als absolut sicher erschienen war, sitzt ihr in den Knochen. Nachdem die alte Garde des ehemaligen Präsidenten Sarkozy und der früheren Premierminister Juppé und Fillon abgetreten ist, steht ein Generationswechsel bevor. Zudem muss die Partei ihr politisches Profil klären und die auseinanderdriftenden Flügel wieder zusammenführen. Das wird nicht einfach sein: Einige führende Republikaner, allen voran Premierminister Philippe, haben – gegen den Willen der Partei – Regierungsämter unter Macron akzeptiert und werden in Parteikreisen vielfach als „Verräter“ kritisiert. Andere haben eine eigene Parlamentsfraktion gegründet, um ihren Willen zur konstruktiven Zusammenarbeit mit Macron deutlich zu machen. Wiederum andere Republikaner machen aus ihrer Nähe zu manchen rechts-extremen Positionen keinen Hehl. Das Dilemma der Konservativen: Es war leicht, die zaghaften Reformen Hollandes pauschal abzulehnen und auf sein Scheitern zu setzen. Jetzt, wo Macron eine Reihe bislang tabuisierter, auch von den Konservativen immer geforderter Reformen anpackt, müssen sich die Republikaner zwischen steriler Opposition aus Prinzip und pragmatischer Unterstützung des Präsidenten entscheiden.

Unsicherheiten haben auch die extreme Rechte erfasst. Die klare Wahlniederlage Le Pens hat alte Gräben wieder aufleben lassen. Im Kern steht sich ein „identitärer“ und ein antieuropäischer „national-sozialer“ Flügel gegenüber. Ersterem geht es in erster Linie um erzkonservative Werte, die Wahrung der nationalen „Identität“ und die Abwehr von Migranten, während seine wirtschaftspolitischen Positionen liberal sind. Der andere, von Marine Le Pen im Wahlkampf vertretene Flügel setzt hingegen auf antiliberale, sozialpopulistische Positionen: Verteidigung der einfachen Leute durch Protektionismus, Austritt aus der EU und der Währungsunion und Kampf gegen die Globalisierung – Positionen, die die Nähe zu linkspopulistischen Themen bewusst gesucht haben, um z.B. die Wähler Mélenchons zu gewinnen.⁸ Auch hier sind harte Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs zu erwarten.

Wie geht es weiter? Zu den vielen offenen Fragen bezüglich der künftigen Entwicklung des Parteiensystems zählt auch die Zukunft der Bewegung *La République en marche* des Präsidenten. Bislang ist sie nicht viel mehr als ein (sehr effizienter) Wahlverein zur Unterstützung Macrons gewesen. Das wird auf die Dauer nicht reichen. Die Bewegung muss sich strukturieren, wobei offen bleibt, ob sie sich zu einer regelrechten Partei entwickeln will und kann. Sie muss auch ihr programmatisches Profil schärfen und die bisher etwas vage Balance zwischen Mitte-Rechts und Mitte-Links mit Inhalten füllen. Derzeit ist alles offen: Kann sich *La République en marche* dauerhaft in der Mitte des Parteienspektrums etablieren? Kommt in ihr ein neuer, offener Parteientyp zum Vorschein, der die alten Parteien verdrängt? Oder werden sich diese erneuern können, während Macrons Bewegung nach Beendigung seiner Amtszeit in dieser Form zerfallen und dann in neuen Bündnissen aufgehen wird?

Ein Superpräsident: zurück zu den Wurzeln der V. Republik?

Was das politische System angeht, so hat die Wahl Macrons und der anschließende Triumph seiner Bewegung bei den Parlamentswahlen die zentrale Stellung des Präsidenten im Machtgefüge der V. Republik gefestigt.⁹ Gestützt auf eine von ihm ernannte Regierung, die über einen starken parlamentarischen Rückhalt verfügt, hat Macron fast alle institutionellen Hebel in der Hand, um seine Politik durchzusetzen. Es gibt in diesem System keine wirklichen institutionellen Vetospieler: In der Nationalversammlung verfügt die Bewegung Macrons über eine absolute Mehrheit; zudem sind fast alle ihrer Abgeordneten neu im Parlament, ja im politischen Geschäft. Dies ist einerseits ein gewolltes Zeichen für die Erneuerung einer vielfach erstarrten politischen Klasse; andererseits sind diese Abgeordneten dem Präsidenten, dem sie alle ihr Mandat verdanken, treu ergeben und werden ihrer Regierung kaum Steine in den Weg legen wollen. Der Senat, die zweite Kammer, wo die Konservativen gegenwärtig in der Mehrheit sind, hat nur in wenigen Fällen (z.B. Verfassungsänderungen) realen politischen Einfluss. Das Verfassungsgericht (Conseil constitutionnel) ist in den letzten Jahren ständig aufgewertet worden, spielt aber keine dem Bundesverfassungsgericht vergleichbare Rolle. Lediglich die – in Frankreich traditionell starke – soziale Mobilisierung könnte sich Macrons Plänen entgegenstellen. Sie hat in der Vergangenheit öfter und teilweise erfolgreich die Funktion eines mächtigen Gegenspielers eingenommen und manche ungeliebte Reform verhindern können.¹⁰

Zu diesen institutionellen Faktoren kommt, dass Emmanuel Macron in seinem Amtsverständnis bewusst an die Tradition de Gaulles anknüpft: ein starker, direkt vom Volk gewählter Präsident, der dem Land die strategischen Leitlinien vorgibt, über den Parteien steht und das Interesse der Nation im Auge hat. Damit macht er sich die von de Gaulle geprägte Formel der „Begegnung zwischen einem Mann und einem Volk“ zu eigen, die die direkte Beziehung zwischen Wählern und Präsident ohne Zwischenglieder wie Parteien hervorhebt. Macrons präzise inszenierten Auftritte, vom Wahlabend des 7.5.2017 (vor dem Louvre, nach gravitatischem Fußmarsch durch den Innenhof zu den Klängen von Beethovens „Ode an die Freude“) bis zur feierlichen Ansprache an die Abgeordneten der Nationalversammlung und des Senats, die als „Kongress“ im Spiegelsaal von Versailles am 3.7.2017 versammelt waren, zeigen eines: Er will dem Amt seine Würde, seine Aura wiedergeben, die unter dem hektischen Aktionismus Sarkozy (Präsident von 2007-12) und der fahrigen, völlig missglückten Amtsführung Hollandes (2012-17) verloren gegangen war. Nicht umsonst ist die Rolle des Präsidenten in der V. Republik als die eines „republikanischen Monarchen“ bezeichnet worden.¹¹ Dies mag aus deutscher Sicht etwas befremdlich erscheinen, kommt aber dem Bedürfnis einer großen Mehrheit der Wähler entgegen: In einer Umfrage im Juni 2017 stimmten 42 Prozent der Befragten (gegen 30 Prozent) der Aussage zu, Frankreich brauche an seiner Spitze einen starken Mann, der sich nicht um das Parlament oder Wahlen kümmern müsse.¹²

Im Übrigen hat Macron Reformen des politischen Systems angekündigt. Eine seiner ersten Initiativen war ein Gesetzentwurf zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Bürgern und Politik. Das ist die Antwort auf eine Reihe von Skandalen, die ein schlechtes Licht auf die gesamte politische Klasse geworfen haben: Dubiose Praktiken der Parteienfinanzierung; Selbstbedienungsmentalität mancher Politiker; Klientelismus. Künftig sollen neue, strengere Regeln für Mandatsträger und Parteien gelten, um solchen Praktiken einen Riegel vorzuschieben. Darüber hinaus sollen parlamentarische Mandate auf höchstens drei Wahlperioden hintereinander begrenzt und

die Zahl der Parlamentarier um ein Drittel verringert werden. Auch eine Wahlrechtsreform ist vorgesehen, die Elemente der Verhältniswahl mit der jetzt geltenden Mehrheitswahl verknüpft und damit gewährleisten soll, dass alle relevanten politischen Strömungen auch im Parlament vertreten sind.

Macrons Politik: Ende der Reformblockaden?

Von Anfang an stand Emmanuel Macron für eine entschlossene Politik der Reformen, um die Strukturprobleme des Landes nach Jahren der Zaghaftheit anzupacken und die Wirtschaftslage des Landes zu verbessern. Er hat dieses Reformprogramm in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes gestellt und kann sich deshalb darauf berufen, ein klares politisches Mandat zur seiner Umsetzung erhalten zu haben. Macron hat gleich zu Beginn seiner Amtszeit gezeigt, dass er – anders als seine Vorgänger – zu schnellem und konsequentem Handeln entschlossen ist.

Priorität hat die politisch sehr umstrittene Reform des Arbeitsmarktes, an der sich schon viele Amtsinhaber die Zähne ausgebissen haben. Sie will den Unternehmen mehr Flexibilität in ihrer Personalpolitik ermöglichen. Die oft langwierigen, kostspieligen Prozeduren der Arbeitsgerichtsprozesse nach Kündigungen sollen vereinfacht und gesetzliche Obergrenzen für die fälligen Entschädigungszahlungen an entlassene Arbeitnehmer festgelegt werden, was vor allem den mittelständischen Unternehmen mehr Planungssicherheit bringt. Der Abschluss von Unternehmensvereinbarungen soll erleichtert werden, auch wenn sie in bestimmten Fällen von den Branchenverträgen abweichen. Arbeitgeber sollen künftig Vereinbarungen mit einer Minderheitsgewerkschaft allen Beschäftigten zur Abstimmung vorlegen können. Ferner ist vorgesehen, die unterschiedlichen Gremien der Arbeitnehmervertreter in den Unternehmen zusammenzulegen. Leistungen der Arbeitslosenversicherung sollen künftig auch Selbstständige und Arbeitnehmer erhalten, die selbst gekündigt haben.

Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf Sofortmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung für Arbeitslose. 15 Milliarden Euro werden in den kommenden fünf Jahren eingesetzt, um eine Million Langzeitarbeitslose und eine Million jugendlicher Schulabbrecher über Qualifikationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Rechte der Arbeitnehmer auf berufliche Fortbildung werden gestärkt; ab 2018 ist eine grundlegende Reform des Systems der beruflichen Ausbildung geplant. Dies berührt einen neuralgischen Punkt des bisherigen Systems: Für Schulabgänger existieren hohe Barrieren, die ihre erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt behindern, mit der Folge einer notorisch hohen Jugendarbeitslosigkeit. Ziel ist die Ausweitung dualer, d.h. alternierend in Schulen und Firmen realisierter Lehrlingsausbildungen.

Ein dritter Schwerpunkt liegt auf schulischen Maßnahmen in schwierigen sozialen Brennpunktvierteln in Vorstädten, deren Jugendliche große Schwierigkeiten haben, Arbeitsplätze zu finden. In den Grundschulen dieser Viertel soll die Größe der Schulklassen von jetzt 24 auf 12 halbiert werden, um die Schüler besser fördern zu können.¹³

Eine vierte Baustelle betrifft die Steuer- und Abgabenpolitik. Macron will die Unternehmen weiter und dauerhaft von Sozialabgaben entlasten und die Unternehmenssteuer von 33 auf 25 Prozent senken, aber auch die Kaufkraft der Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen stärken. Allerdings sind die finanziellen Spielräume eng, weil Präsident Hollande weit höhere Defizite hinterlassen hat als bisher angenommen. Da Macron zudem unbedingt die öffentliche Neuverschuldung unter die 3%-Grenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU drücken will, um die Glaubwür-

digkeit Frankreichs gegenüber seinen EU-Partnern zu stärken, müssen inhaltliche und zeitliche Prioritäten gesetzt werden.

Keine einzige dieser Maßnahmen ist für sich genommen revolutionär. In ihrer Summe allerdings sind sie geeignet, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig zu verändern. Dazu kommt die Macht der Symbole: Galt Frankreich bislang in aller Welt als erstarrt in seinen Überregulierungen, seiner Abwehr der Globalisierung und seinen Reformblockaden, will Macron diese Blockaden sprengen und zeigen, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Herausforderungen des Wandels aktiv annehmen. Auch deshalb hat die schwierigste Reform (Arbeit und sozialer Dialog) höchste Priorität: Sie gilt allgemein als Test für seine politische Durchsetzungsfähigkeit. Macron hat sich von der Nationalversammlung die Ermächtigung geben lassen, die Arbeitsreformen per staatliche Verordnungen in Gang zu setzen. Das erspart ihm langwierige parlamentarische Detaildiskussionen, die die Reform verzögern oder verwässern könnten. Im September will die Regierung die Verordnungen zur Umsetzung ihrer Reformpläne erlassen. Das Parlament muss diese zwar danach noch billigen, kann sich dann aber nur noch pauschal dafür oder dagegen aussprechen. Die eigentliche Kraftprobe droht ihm im Herbst von den Gewerkschaften: Diese haben in den vergangenen Jahren durch massive Mobilisierungs- und Streikaktionen schon manches Reformprojekt zu Fall gebracht. Auch deshalb hat die Regierung zahlreiche intensive Gesprächsrunden mit allen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden begonnen, die über den gesamten Sommer fortgesetzt werden. Ziel ist es, die gewerkschaftliche Ablehnungsfront durch gezielte Zugeständnisse abzuschwächen oder zu spalten (einige Gewerkschaften sperren sich nicht grundsätzlich gegen die Veränderungen), ohne die Reform zu verwässern. Dies wird dem Präsidenten ein hohes Verhandlungsgeschick abfordern. Wenn er diese Kraftprobe besteht, gewinnt seine Botschaft an Glaubwürdigkeit: Frankreich bewegt sich.

Frankreich ist zurück in Europa

In den erst wenigen Wochen seiner Amtszeit hat Emmanuel Macron die sich bietenden Gelegenheiten geschickt genutzt, um auch in der internationalen Politik Frankreichs Schattendasein zu beenden. Ob beim Europäischen Rat, beim NATO-Gipfel oder beim G20-Treffen in Hamburg: Der Präsident hat mit seinem Elan, seinem entschlossenen, dabei gewinnenden Auftreten, aber auch mit seinen Initiativen und Positionen die Partner überzeugen können. Durch gezielte Einladungen von Putin (nach Versailles anlässlich einer Ausstellung), Trump (zur Parade am Nationalfeiertag anlässlich des 100. Jahrestages des Eintritts der USA in den Ersten Weltkrieg) und Israels Premier Netanyahu (zu einer Gedenkfeier für die von der Vichy-Regierung 1942 deportierten Juden) hat er es vermocht, gerade mit diesen schwierigen Partnern trotz klarer Differenzen den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen.

In Europa werden dem Präsidenten, der wie kein anderer in der EU seinen Wahlkampf mit einem offensiven Bekenntnis zur europäischen Integration geführt und gewonnen hat, große Sympathien und Erwartungen entgegengebracht. Dabei spielt die Erleichterung darüber eine Rolle, dass er den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der europafeindlichen Links- und Rechtspopulisten stoppen konnte. Macron hat die EU-Partner, allen voran Deutschland, dadurch gewinnen können, dass er eine klare Priorität gesetzt hat: Zunächst will er mit seinen Reformen und der Rückkehr zur Haushaltsstabilität das Vertrauen in Frankreichs Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit

wiedergewinnen, das seine Vorgänger Sarkozy und Hollande verspielt hatten; dadurch erhofft er sich in einem zweiten Schritt Unterstützung für seine Pläne zur Reform der Europäischen Währungsunion.

Eine Renaissance kann auch die deutsch-französische Partnerschaft erfahren, die in den vergangenen Jahren unter der inneren Krise Frankreichs gelitten hatte. Macron hat keinen Zweifel daran gelassen, dass ihn diese Zusammenarbeit wichtig ist. Wenn es ihm gelingt, seine inneren Reformen zu realisieren, kann Frankreich wieder zum starken Partner Deutschlands werden. Das ist gut für Frankreich, aber auch für Deutschland und Europa: Die Initiativen von Macrons Vorgängern litten angesichts der unbewältigten französischen Schwächen oft unter mangelnder Glaubwürdigkeit und Durchschlagskraft. Die Bundesregierung blockte sie deshalb regelmäßig ab, auch wenn sie inhaltlich durchaus ihre Berechtigung hatten. Macron hat bereits erreicht, dass die Bundesregierung jetzt offener auf seine Vorschläge (z.B. Einrichtung eines eigenen Budgets der Eurozone, das durch einen Finanzminister verwaltet und durch ein Eurozonen-Parlament kontrolliert wird) reagiert. Weil Frankreich sich und seine Politik verändert, kann auch Deutschland aus seiner etwas defensiven Haltung herauskommen und offener für weiterführende Initiativen sein: Dieses positive Szenario einer Erneuerung des deutsch-französischen Motors für Europa ist, nach Jahren des Stillstands, wieder in den Bereich des Möglichen gerückt.

Anmerkungen

- 1 Emmanuel Macron: Rede vor dem Kongress in Versailles, 3.7.2017 (Übersetzung durch den Autor).
- 2 Vgl. dazu Henrik Uterwedde: Wohin steuert Frankreich? In: GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Nr. 2/2016, Juni 2016, S. 171-176. Zu den Grundlagen und Entwicklungen vgl. Henrik Uterwedde: Frankreich – eine Länderkunde, Opladen: Barbara Budrich 2017.
- 3 Zahlen nach Uterwedde: Frankreich, a.a.O. (Fn. 2), S. 48.
- 4 Institut für Demoskopie Allensbach: Deutschland und Frankreich – zwei Welten. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26.4.2017 (<https://tinyurl.com/yc5hz254>).
- 5 Henrik Uterwedde: Frankreichs prekäre Rolle in der Weltwirtschaft, in: Bernd Rill (Hrsg.): Frankreichs Grandeur – einst und jetzt, München: Hanns Seidel Stiftung 2014, S. 57-64. Zum Auseinanderklaffen zwischen Realität und Wahrnehmung vgl. France Stratégie: Lignes de faille. Une société à réunifier, Paris, Oktober 2015, sowie Uterwedde: Frankreich, a.a.O. (Fn. 2), Kap. 7.
- 6 Eine Tabelle mit den Ergebnissen der Präsidentschaftswahl findet sich auf dem Blog des Autors: <http://frankreich.budrich.de>
- 7 Zu den Ergebnissen der Parlamentswahlen und zur neuen Zusammensetzung der Nationalversammlung vgl. den Blog des Autors (<http://frankreich.budrich.de>).
- 8 Tatsächlich haben laut Umfragen 14% der Mélenchon-Wähler, aber auch 24% der Fillon-Wähler im zweiten Wahlgang für Le Pen gestimmt.
- 9 Vgl. dazu Uterwedde: Frankreich, a.a.O. (Fn. 2), Kapitel 2.
- 10 Zur Funktionsweise der Institutionen vgl. Uterwedde: Frankreich, a.a.O. (Fn.2) , Kap. 2 sowie Kap. 4.2 zur sozialen Mobilisierung.
- 11 Maurice Duverger: La monarchie républicaine – ou comment les démocraties se donnent des rois, Paris: Laffont 1974.
- 12 SciencesPo/CEVIPOF: L'enquête électorale française: comprendre 2017. Vague 15, juin 2017.
- 13 Zur schwierigen Lage der Vorstadtsiedlungen vgl. Uterwedde: Frankreich, a.a.O. (Fn. 2), Kap. 8.2.